

Siebzehnte Sitzung – Dix-septième séance

Freitag, 21. Juni 1985, Vormittag

Vendredi 21 juin 1985, matin

8.00 Uhr

Vorsitz – Présidence: Herr Koller Arnold

Präsident: Herr Widmer verlangt das Wort zur Tagesordnung.

Widmer: Ich habe das Wort begehrt für eine persönliche Erklärung, die sich auf die heutige Tagesordnung bezieht. Ich fühle mich verpflichtet, meiner Enttäuschung darüber Ausdruck zu geben, dass das Gesetz zum Schutz der Fuss- und Wanderwege in dieser Session erneut von der Traktandenliste abgesetzt wurde. Mein Unwille richtet sich nicht gegen den Herrn Präsidenten, denn der Ratspräsident ist gehalten, die Beschlüsse der Präsidentenkonferenz auszuführen. Das Gesetz war für die Herbstsession 1984 behandlungsreif. Die wiederholte Verschiebung bedeutet, dass das Gesetz ein volles Jahr in den Schubladen liegt. Das ist aus zwei Gründen unstatthaft:

1. Es gehen zurzeit jährlich gegen 1000 Kilometer Fuss- und Wanderwege durch Umwandlung in Strassen verloren.
2. Mit einer gewissen Bitterkeit stelle ich fest: Das Gesetz wird vor allem deshalb nicht behandelt, weil kein grosser Verband, keine grosse Gewerkschaft, keinerlei Wirtschaftsinteressen dahinterstehen. Wer profitiert von diesem Gesetz? «Nur» das Schweizervolk, und zwar jener intelligentere Teil des Volkes, der die Freizeit vernünftig zu nutzen versteht, selber für seine Gesundheit sorgt und damit dem Staat Milliarden spart. Ich protestiere dagegen, dass die Behandlung dieses Gesetzes immer wieder verschoben wird.

85.025

PTT. Geschäftsbericht 1984

PTT. Gestion 1984

Bericht vom 17. April 1985

Rapport du 17 avril 1985

Beschlussentwurf Seite 48 des Berichtes

Projet d'arrêté, page 48 du rapport

Bezug bei der Generaldirektion PTT, Viktoriastrasse 21, Bern

S'obtiennent auprès de la direction générale des PTT,

Viktoriastrasse 21, Berne

Beschluss des Ständerates vom 4. Juni 1985

Décision du Conseil des Etats du 4 juin 1985

Eng, Berichterstatter: Der Präsident der Sektion PTT der Geschäftsprüfungskommission, Herr Kollege Felix Auer, hat mich beauftragt, Ihnen den Sektionsbericht zu erstatten. Ich stütze mich dabei auf seinen Text; doch gestatte ich mir, in Anbetracht der knappen Zeit und der Mentalität eines Freitagmorgens, verschiedene Kürzungen vorzunehmen. Die Geschäftsprüfungskommission hat Ihnen vor einem Jahr ihren ausführlichen Bericht über den Abbruch des grossen Forschungsprojektes Integriertes Fernmelde-System (IFS) unterbreitet. Er schliesst mit einer Reihe von Empfehlungen.

Der Bericht enthält auch leise Kritik am Verwaltungsrat der PTT. Dieser hat es empfunden, dass er im Laufe der Untersuchung nicht ebenfalls angehört worden war. Es fand daher nachträglich, am 3. Oktober 1984, eine Aussprache zwischen einer Delegation des Verwaltungsrates und einer solchen der PTT-Sektionen der GPK und der Finanzkommission des Nationalrates statt. Dabei wurden teils Missverständnisse behoben, teils divergierende Auffassungen offen dargelegt. Unsererseits wurde betont, dass wir nicht generell Kritik am unternehmerischen Verhalten des Verwaltungsrates geübt hätten, sondern einzig im Zusammenhang mit dem IFS-Projekt.

Der Bundesrat hat auf unseren Bericht mit Brief vom 27. Februar 1985 geantwortet und uns gleichzeitig die gemeinsame Stellungnahme von Verwaltungsrat und Generaldirektion vom 7. Dezember 1984 zugestellt. Die Auffassungen dieser Instanzen und der GPK gehen zumindest teilweise auseinander. Die Empfehlungen der GPK werden nur in geringem Masse als empfehlenswert beurteilt. Die PTT-Sektion der GPK des Nationalrates mit den zugewandten Orten aus der Finanzkommission und den Kommissionen für Wissenschaft und Forschung beider Räte werden im Herbst zusammentreten und ihrerseits Stellung zu dieser Stellungnahme nehmen.

Dabei soll auch der auf September in Aussicht gestellte Bericht des Bundesrates in Sachen Radio Schweiz AG behandelt werden. Dieses Geschäft scheint zu einem Dauerbrenner zu werden. Wir haben an dieser Stelle letztes Jahr darüber berichtet. Intensiv hat sich schon zuvor die Finanzdelegation damit beschäftigt, wie aus ihren Berichten über die Jahre 1981, 1982 und 1984 hervorgeht. Verschiedene der gestellten Fragen werden auch in der Interpellation Humbel aufgeworfen, die Anfang Juni 1985 vom Bundesrat beantwortet worden ist.

Die Radio Schweiz AG, eine Aktiengesellschaft zu 95 Prozent im Besitze des Bundes, ist mehr oder weniger eine Schwesterorganisation der PTT oder – wie man auch sagen kann – ein rechtlich eigenständiger Betrieb innerhalb der PTT.

Bereits in den dreissiger Jahren wurde die Existenz der Radio Schweiz AG in Frage gestellt. Ihr wichtigster Tätigkeitsbereich ist die Flugsicherung. Ausserdem betreibt sie die Telekommunikation und eine Abteilung Consulting.

Nachdem in den letzten Jahren zwischen den PTT und der Radio Schweiz AG verschiedene Entflechtungen und Ausscheidungen vorgenommen worden sind, stellt sich heute vor allem die Frage nach der Rechtsgrundlage des Unternehmens. Hierüber liegt seit Januar 1984 ein sehr umfangreiches Gutachten des Bundesamtes für Justiz vor. Es kommt zum Schluss, die Flugsicherung durch eine öffentlich-rechtliche Anstalt oder durch das Bundesamt für Zivilluftfahrt betreiben zu lassen, während die Telekommunikationsdienste allein den PTT obliegen sollten. Gewisse Spezialdienste könnten der Radio Schweiz AG belassen werden. Das Gutachten stellt in seinen Schlussfolgerungen die heutige Regelung aus juristischer Sicht in wesentlichen Punkten und damit auch die weitere Existenz des Unternehmens in Frage. Es hat damit verständlicherweise bei der Radio Schweiz AG und ihren 1125 Mitarbeitern recht viel Staub aufgewirbelt. Es wurde in der Folge eine interdepartementale, unter der Leitung der PTT stehende Arbeitsgruppe eingesetzt, die dem Bundesrat einen Bericht erstatten soll. Dieser wurde vorerst auf Ende letzten Jahres erwartet. Das Problem habe sich jedoch als «vielschichtiger, schwieriger und zeitraubender» erwiesen, als man seinerzeit angenommen habe, hält die Generaldirektion der PTT fest. Die Arbeitsgruppe sei heute, wurde der GPK mitgeteilt, nach intensiven Bemühungen auf dem Weg zu einer konsensfähigen Lösung. Im Verlaufe dieses Jahres soll das Ergebnis dieser Bemühungen dem Vorsteher des EVED zuhanden des Bundesrates unterbreitet werden. Die GPK erwartet, dass das Problem beschleunigt einer Lösung entgegengeführt wird. Zwei Kapitel des PTT-Geschäftsberichtes 1984 verdienen besondere Beachtung. Der Abschnitt über die technologische Entwicklung der Fernmeldedienste und

Mitteilungen des Präsidenten

Communications du président

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1985
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Sommersession
Session	Session d'été
Sessione	Sessione estiva
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	17
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	21.06.1985 - 08:00
Date	
Data	
Seite	1214-1214
Page	
Pagina	
Ref. No	20 013 471

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.